

## Der Gesundheitssektor und zivile Katastrophenschutz müssen gestärkt werden Keine Ausweitung des Bundeswehreininsatzes im Inland

**Die Deutsche Friedensgesellschaft – Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen (DFG-VK) protestiert gegen die angekündigte Ausweitung des Einsatzes der Bundeswehr im Inland. Dieser höhle das Grundgesetz aus. Die aktuelle Problemlage sei absehbar gewesen.**

Die Bundeswehr soll aufgrund der Corona-Pandemie in Zukunft noch häufiger zum Einsatz innerhalb Deutschlands kommen. Das kündigte Bundeskanzlerin Angela Merkel kürzlich an. Aktuell sind etwa 1.400 Soldat\*innen im Inlandseinsatz, weitere 13.600 stehen bereit.

Die DFG-VK lehnt diese Ausweitung ab: „Die Bundesregierung nutzt die Pandemie, um Einsätze der Bundeswehr im Inland zu normalisieren“, so Jan Sander Bundessprecher der DFG-VK. „Jahrelang hat man den Gesundheitssektor und den zivilen Katastrophenschutz zugunsten einer massiven militärischen Aufrüstung kaputtgespart und die aktuelle Notsituation damit selbst herbeigeführt“, wirft Sander der Bundesregierung vor. Seit Beginn der Corona-Pandemie versuche die Regierung den Einsatz des Militärs im Inland auszuweiten – der zwischenzeitlich erwogene Einsatz bewaffneter Soldat\*innen wurde jedoch noch nicht realisiert.

Die DFG-VK ist dennoch besorgt: „Die Geschichte lehrt, dass der Einsatz von Militär im Inland demokratiegefährdend ist“, so Jan Sander. Das preußisch-deutsche Militär nahm Mitte des 19. Jahrhunderts eine unrühmliche Rolle als „Staat im Staat“ ein. Später hieß es sogar: „Gegen Demokraten helfen nur Soldaten“. Dies habe dazu geführt, dass das Grundgesetz eine klare Beschränkung des Aufgabenbereichs des Militärs vorsieht. Dies werde aber seit Jahren ausgehöhlt, so die DFG-VK. Gerade in Zeiten immer neuer Rechtsextremismus-Skandale in der Bundeswehr sei es fatal, Soldat\*innen mehr Kompetenzen im Inland zuzuschlagen.

Damit nicht genug: „Das Verteidigungsministerium nutzt die Pandemie für eine großangelegte Image-Kampagne für die Bundeswehr und stellt ihren Inlandseinsatz als gewinnbringend und normal dar“, kritisiert DFG-VK Geschäftsführer Michael Schulze von Glaßer. Auch der vor kurzem von Verteidigungsministerin Annegret Kramp-Karrenbauer eingeführte freiwillige, heimatnahe Wehrdienst sei etwa mit der Corona-Pandemie begründet worden. „Der neue Dienst ist explizit auf das Inland ausgerichtet – also auf ein Areal, in dem die Bundeswehr nichts zu suchen hat“, so Schulze von Glaßer.

Die DFG-VK fordert ein Umdenken in der Sicherheitspolitik: „Wir sehen deutlich, dass Militär auf die großen für die Menschen sicherheitsrelevanten Probleme – die Corona-Pandemie und den Klimawandel – keine Antworten hat und sogar Teil des Problems ist“, erklärt Michael Schulze von Glaßer. Die Kosten für das Militär stünden in Konkurrenz zu Ausgaben für den Gesundheitssektor, sowie Katastrophen- und Klimaschutz. Die aktuelle Pandemie und die geplante Ausweitung des Bundeswehreininsatzes würden die falsche Politik der Bundesregierung der letzten Jahrzehnte offenlegen: „Wir müssen Militär abrüsten und den Gesundheitssektor, sowie den Katastrophen- und Klimaschutz ausbauen“, so der DFG-VK Geschäftsführer.

**Für Interviews oder bei Nachfragen nehmen Sie bitte jederzeit telefonisch unter +4917623575236 oder per E-Mail unter [svg@dfg-vk.de](mailto:svg@dfg-vk.de) Kontakt auf!**